

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 M., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 107A.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 M., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postcheckkonto Berlin 5386.

Inhalt: An der Schicksalswende. — Wer macht mit? — Gibt es anviel Menschen auf der Welt? — Die Arbeiterinnen und das allgemeine Wahlrecht. — Unliebsame Erscheinungen auf dem städtischen Grundstücksmarkt. — Im belebten Gebiet. — Berufsvereine, Einigungs-, Schieds- und Fortbewesen im Ausland (VI). — Aufruf an die Frauen! — Wo bleiben die Frauen? — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Unterhaltungsbeilage: Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

An der Schicksalswende.

Mahnungen aus dem Felde Heimgekehrter.

„Nun laßt die Glocken von Turm zu Turm durchs Land frohlocken im Jubelsturm.“

Es geht ein Aufatmen durch die gedrückte Menschheit. Die Kanonen schweigen nach ihrer grauenhaft blutigen Tätigkeit. Die Männer in Feldgrau verlassen die Front und wandern, noch verwirrt vom 52 Monate währenden Kampfgetöse, der Heimat zu, die sie mit ihren Weibern unter unerhörten Opfern und Strapazen vor Vermüßungen mehr denn 1500 Tage und Nächte lang gegen vielfache Uebermacht gekämpft hatten. Das Wort hat ein Ende, draußen und drinnen, und der Kriegsurie ist endlich, endlich Einhalt geboten. Nicht mehr werden Giftgas, Granaten, Bomben und Flammenwerfer gleich Ausgeburten der Hölle Leben und Gesundheit unserer Volksgenossen bedrohen. Nicht mehr wird die Herstellung von Werkzeugen zur Vernichtung kostbaren Menschenlebens in giftgeschwängerten Räumen und unter nie gekanntem Anstrengungs Leben und Gesundheit unserer Frauen, Mütter und Töchter und damit die Existenz unseres Volkes untergraben. Es ist zu Ende damit. Zu Ende mit dem Wahnsinn des Mördens und der Vernichtung. Und will es der Proletarier und will es das Volk der Arbeit, so ist es auch zu Ende mit dem Kapitalismus. Was viele, leider viel zu viele von uns bis vor kurzer Zeit als unumkehrliches Schicksal ächzten, aber geduldig trugen, den Kapitalismus, er ist am Ende seiner Macht und Weisheit, ist am Bankerott angelangt. Nicht wir haben uns ein Verdienst zu machen, sondern sein zügelloses Wüten hat ihn selbst zu Fall gebracht.

Was wir im einzelnen in bezug auf die Schuldfrage an dem Kriege von hüben und drüben auch erfahren und feststellen vermögen, die unbegrenzte, erbarmungslos über Menschenleben und -glück hinwegschreitende Profitgier des internationalen Kapitals, der Kapitalismus, ist der Hauptschuldige an dem Eisenunfall der Menschheit. Die Herren in Petersburg, Berlin, London, Paris usw. sind seine Handlanger und nur als solche schuldig, den Brand mehr oder minder zum eignen und ihrer Klasse Vorteil geschürt zu haben, wofür sie das Gericht unerbittlich treffen möge. Der Bankerott des Kapitalismus riß Junker- und Gottesgnadentum, jenen modern verbrämten deutschen Despotismus, dessen Sottelhaftigkeit der Meid der russischen Reaktion beehrte, mit in die Tiefe.

Nun sind auch die Herren von und zu, jene Volksbebrüder, bei Matthäi am Leisten angelangt und versuchen am Ende ihrer Herrlichkeit durch Verwendung öffentlich noch wenig bekannter Komplizen noch zu retten, was irgend möglich ist.

Ihr Frauen und Männer der Arbeit, seid auf der Hut und laßt Euch nicht durch Vertrauensseligkeit einlullen! Heute habt ihr die Macht. Gebraucht sie weise für eure Ziele zum Neubau der Heimat und rücksichtslos gegen eure Bedrücker. Und reinen Tisch und Ordnung im Lande gemacht! Glaubt nicht: Politik hin und Politik her! Mit Millionen Leben, mit Strömen von Blut und Hunderttausenden Krüppeln und unermesslicher Einbuße von Gesundheit eurer Frauen und Kinder habt ihr geföhrt, was ihr durch Gleichgültigkeit mit verschuldet hattet. Jetzt macht gänzlich reinen Tisch im Lande und rechnet unerbittlich ab mit den Landräubern, die euch früher als solche beschimpft und eure führenden Volksgenossen gefreut und verachtet haben, die Zeiten des Junker- und Gottesgnadentums müssen endgültig vorüber sein. Die Staatsgeschäfte nehmt selbst in die Hand, ausübend und sofort kontrollierend, damit euch niemandes Machtzettel oder Größenwahngelüste wieder ins Unglück führen kann. Bedenkt und seid euch dessen stündlich bewußt, daß die politische Macht die einzige Möglichkeit ist, die Früchte der Arbeit zu ernten und der Menschheit Glück zu verwirken! Bedenkt vor allem, daß die politische Macht das erste Erfordernis ist zum Neubau des Staates, den wir vier lange, entbehrungsreiche Jahre verteidigt haben und zu dessen Umbau im Sinne einer glücklicheren Zukunft es sämtlicher Kräfte, besonders aber derjenigen der arbeitenden Klasse bedarf. Wohin ihr schaut, wohin ihr hört, heute wird die Arbeit als die alleinige Ketterin vom Unglück der Gegenwart, als einzige Möglichkeit einer besseren Zukunft gepriesen. So muß und mag denn auch das Volk der Arbeit Verkörperin und Nutznießerin der Arbeitsfrüchte werden. Nicht mehr und nicht weniger sei Recht.

Wer sich ehrlich auf den Standpunkt stellt, sei willkommen in unseren Reihen. Wir brauchen die Arbeit des Gelehrten, des Forschers wie des Künstlers zur Wiederaufrichtung unseres Gemeinwesens. Aber wir wollen sie nur gebrauchen ohne Gewährung von Vorrechten. In dem Sinne dürfen wir auch von der künftigen Nationalversammlung Ersprißliches erwarten. Wir dürfen zuversichtlich sein, trotz der bedenklichen Umstände, unter welchen wir tiefeinschneidende Reformen durchführen müssen. Die einander jagenden Ereignisse und der Wille des Siegers gebieten uns Dinge, die wir nach eigenem freien Ermessen vielfach zu anderer Gestaltung führten, kaltblütig heißt es jetzt den Tatsachen gegenüberstehen. An richtiger Erkenntnis unserer Klassenlage sind wir die unbestrittene Mehrheit mit gleichen Lebensinteressen und werden auch in der bürokratisch durchsetzten Nationalversammlung die Errungenschaften der Revolution wahren und erweitern.

Bitter not tut uns Proletariern die Einigkeit. Wir müssen noch viel fester und geschlossener zusammenstehen als bisher. Fort mit der Sektiererei. Die Zerstückelung der Arbeiter ist gleich dem Verrat am Lebensinteresse des Volkes. Die großen Verbände der freien Gewerkschaften, die bewährten und erfolgreichen selbstgeschaffenen Kampfmittel der Arbeiter waren bisher und werden auch in Zukunft sein dem werktätigen Volke Schutz und Hilfe.

Gehet hin zu den Gleichgültigen, Verirrten, zu den Heimkehrenden und macht sie zu Mitkämpfern an der großen Sache. Mehr denn je erheischt die Gegenwart jeden Mann auf seinen Posten. Es ist die Pflicht eines jeden Proletariats, seine Organisation zu stärken und es ist sein eigener Vorteil.

Die Sozialisierung vieler großer, für unser Gemeinwohl höchwichtiger Wirtschaftszweige, vor wenigen Jahren noch ein Scherz, ist in erreichbare Nähe gerückt. Der Zukunftsstaat steht vor der Tür und begehrt stürmisch Einlaß. Nicht jener Zukunftsstaat im Stile eines kindlichen Schlaraffenlandes, sondern der Staat der Arbeit und der gerechten Verteilung der Arbeitsgüter. Was die Klassenbewußten Männer und Frauen in aufopfernder mühseliger Arbeit und unter steter Verfolgung früher schon erstrebt — der Traum des unterdrückten Volkes will Wirklichkeit werden. So wir es ernstlich wollen, ist es vorbei mit der maßlosen Ausbeutung und Unterdrückung. Wir befinden uns an der Schicksalswende des deutschen Proletariats, die Gegenwart ist die Geburtsstunde der Volksfreiheit. Es steht bei uns, ihr Schöpfer oder ihr Mörder zu sein. Noch wissen wir nicht, welche Schwierigkeiten uns bevorstehen, es sind ihrer sicher noch viele und große. Der siegestrunkenen feindliche Kapitalismus nützt unsere katastrophale Knappheit an Lebens- und Wirtschaftsmitteln zu Forderungen aus, die ihm schließlich selbst zum Strid werden müssen. Die Gegenrevolution der mattgelegten Reaktion muß im Auge behalten werden, soll es nicht zum bürokratischen Krieg im Lande kommen. Lebensmittel, Rohstoffe, alles was ein Volk zum Leben bitter nötig braucht, sind so knapp im Lande, daß die geringste Erschütterung im Innern das preußische Massensend herbeiführt. Ueber das alles muß unsere Vernunft wachen, denn wir haben die Macht, nur wir allein, zur Rettung. Leben oder Tod der ganzen Nation, dem ganzen Volke, uns allen, die wir, verführt vom Hochmut einer übermühtigen Herrenliste, Unheilliches erlitten und erkritten. Nun wir den ersten Schritt zur Befreiung vom Joch der Knechtschaft getan, sollten wir im Angesicht der Freiheit Morgenröte schwach und mankeltüchtig werden und umkommen? Nein und ohnehin! Nein! Nein oder nie gilt es, für unser, für der Arbeit Wohl und Recht, für die restlose Befreiung des arbeitenden Volkes zusammenzustehen und einig zu sein. Weist allen Zerstückelern die Tür und seid einig! Der letzte Mann, die letzte Frau muß in unsere Reihen. Gehet hin zu den Frauen und macht sie zu Klassenkämpfern und organisiert sie. Macht sie zu Mitliebenden unseres Verbandes! Keiner ist zu schwach und zu gering mitzuhelfen an der großen Sache der Volksbefreiung.

Euch arüht der junge, helle Tag.
Die Kessel brach,
Die Not entfliehet,
Wagts frei zu sein
Und eures Glückes eigner Schmied.

W. Sager, Neufölln.

Die unter der monarchisch-kapitalistischen Regierungspolitik betriebenen Rüstungen — auch in anderen Ländern, und zwar auch in solchen, wo man für monarchisch-kapitalistisch republikanisch-kapitalistisch sagen muß — peitschten die Kriegsurie an und es kam zu einer Katastrophe, die für die Völker ein noch nie dagewesenes Ringen auf Leben und Tod nicht nur der einzelnen Kämpfer, sondern ganzer am Kriege beteiligter Völker zeitigte; nicht nur die bewaffneten Mächte hatten unter diesem Ringen zu leiden, sondern auch unschuldige Kinder, wehrlose

Frauen und hilflose Greise, die, ihre Gabeligkeiten zusammenfassend, Haus und Hof der bewaffneten Macht preisgeben mußten. Und weitab von dem eigentlichen Kampffelde, bei uns zu Hause, herrschte Lebensmittelnot, so daß die Kartoffel, die Pferderübe und das Dörrgemüse Hauptnahrungsmittel für die unteren Volksschichten wurden. Rücksichtsloser Wucher wurde von Erzeugern und Verschleßern der Lebensmittel geübt. Das führte zu einer Teuerung, die es den untersten Volksschichten unmöglich machte, ihre bescheidensten Bedürfnisse voll zu befriedigen, was nur den begüterten Klassen, jedoch in weit reichem Maße, möglich war. So mußten Hunderttausende von Kriegerfamilien sich mit den unzulänglichsten Lebensmittellösungen, auf Karten verabsolgt, durchhungern.

Doch alles hat seine Grenze. Als im fünften Kriegsjahre, anfangs November, unsere militärische Macht zusammenbrach und die feindliche unsere Front zu durchbrechen drohte, da erwachte der demokratische Volksgesinnung in allen Gauen Deutschlands wie an der Front, im Heer wie im Bürgerum, wenigstens soweit die Arbeiterklasse in beiden Lagern in Frage kam. Soldaten und Arbeiter vereinigten sich zur Revolution, und diese ward zum Siege für die Demokratie. Kaiser, Könige, Herzöge und Fürsten mußten abdanken und die Republik ward erklärt.

Nun gilt es mit Umsicht die Früchte der Revolution zu bergen und mit Ruhe und Besonnenheit die Volkswunden zu heilen und die Trümmerstätten allerort, die der Krieg hinterließ, wieder auszubauen.

Ich sage es mit heiliger Ueberzeugung: die Völker des Reichs tragen die Verantwortung für die Folgen, die aus ihrer etwaigen gegenseitigen Zerstückelung entstehen, bei der sie die Früchte der Revolution wieder preisgeben müßten.

Zusammenhalten müssen wir gegenüber der bestieften Gesellschaft, die uns jetzt nachsteht wie der Fuchs der Gans, die er sich zur Beute erfornt hat. Denn hat man uns erst wieder unter, dann wehe uns! Galten wir nur treu und fest zusammen, so werden wir schon die Stellung behaupten, die uns in glücklicher Stunde die Weltgeschichte angewiesen hat.

Oskar Lamprecht, Meerane (Sa.).

Wer macht mit?

Wir haben in verschiedenen Rundgebungen in letzter Zeit auf die heilige Verpflichtung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen hingewiesen, sich einer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. „Schließt mit uns gemeinsam die Reihen!“ riefen wir aus. „Das Deutschland der Revolution und der Arbeiterklasse ist entstanden.“

Das sollte heißen, das neue Deutschland werde jedem etwas Neues bringen, wenn jeder, der bisher am alten hing, sein Verhalten erneuere und dadurch ein gemeinsames Handeln möglich werde, welches manchem mancherlei Vorteile bringen könne, die unter den früheren Verhältnissen kaum möglich geworden wären. Für unorganisierte Textilarbeiter und -arbeiterinnen sei im Zeitalter der sozialistischen Republik kein Raum, sagten wir.

Der uneingeweihte Leser wird daraus den Schluß ziehen, daß im Zeitalter der sozialistischen Republik die Gewerkschaften auch ganz besondere Errungenschaften für ihre Mitglieder aufzuweisen haben müßten.

Das ist auch in der Tat der Fall: die Gewerkschaften könnten mit der Umwandlung der Industrie, deren arbeitnehmende Mitglieber sie vertreten, aus der kapitalistischen Form in die genossenschaftliche oder gesellschaftliche betraut werden. Wer dann Mitglied der Gewerkschaft sein wird, wird dabei ein gewichtiges Wort mitzureden haben, wer nicht, nicht.

Doch ganz abgesehen von der Aussicht auf die genossenschaftliche oder gesellschaftliche Produktion und die Mitwirkung dabei, hat der neuerschaffene Zustand ein Zusammenarbeiten von Arbeitern und Unternehmern oder ihrer korporativen Vertretungen ermöglicht, aus dem für die Arbeiter sich unmittelbar Vorteile erheben, welche allein schon jeden der Gewerkschaft noch Fernstehenden dieser näherführen müßten. Ist doch durch Vereinbarung zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften eine Forderung der Arbeiterschaft in Erfüllung gegangen, die seit 30 Jahren vergeblich gestellt ward: der achtstündige Maximal-Arbeitstag.

Der Arbeitstag soll fortan höchstens acht Stunden betragen. So ist es nicht nur regierungsseitig bestimmt worden, nein, so haben es auch Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretung beschlossen.

Auch diese Tatsache allein ist schon des Beitritts zur Gewerkschaft wert.

Eine Folgeerscheinung der Tatsache zwingt geradezu zum Beitritt zur Gewerkschaft. Diese Folgeerscheinung ist, daß der Arbeiter, die Arbeiterin in den vereinbarten acht Stunden wenigstens ebensoviel verdienen sollen wie in 9, 10 oder 11 Stunden, kurz, je nachdem die Arbeitszeit lang bemessen war. Möglichst soll, der gegenwärtigen Teuerung entsprechend, noch erheblich mehr verdient werden als früher

bei längerer Arbeitszeit. Der früher in mehr als acht Stunden erzielte Tagesverdienst soll nicht nur in Stundenlohn — zu acht Stunden den Tag — umgerechnet, sondern nach Möglichkeit hin aufgerechnet werden. Ist das geschehen, muß der so verrechnete Lohn aber auch in die Praxis umgesetzt werden. Und auch dazu bedarf es wieder der Latkraft der Gewerkschaft, die ja in all diesen Fragen auch als die einzige berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt ist. Sogenannte gelbe oder wirtschaftsfriedliche Gebilde zählen nicht als berufene Vertretung der Arbeiterschaft. Die Wirtschaftsfriedlichkeit ist vielmehr den eigentlichen Gewerkschaften verlichen worden. Sie werden aber nur solange ihre Aufgaben in wirtschaftsfriedlicher Weise lösen können, wie die Unternehmer wissen, daß von ihnen gegebenenfalls ernste Störungen des Arbeitsprozesses zu befürchten sind. Solche Befürchtungen werden aber die Unternehmer nur hegen, solange sie wissen, daß die Gewerkschaft eine nicht leicht zu nehmende Macht darstellt. Durch jeden Beitritt wird diese Macht der Gewerkschaft gestärkt. Deshalb: Für Unorganisierte ist kein Raum mehr.

Der Sonnabendnachmittag soll möglichst arbeitsfrei bleiben. Die tägliche Arbeitszeit soll aber an den anderen Tagen acht Stunden nicht überschreiten. Es dürfte dann also von Seiten der Arbeiterschaft als zugelassene höchste Arbeitszeit zu betrachten sein: je acht Stunden von Montag bis einschließlich Freitag und Sonnabends fünf Stunden, zusammen pro Woche also 45 Stunden wirkliche Arbeitszeit, ohne Pausen. Eine Einrechnung der Arbeitszeitverkürzung am Sonnabend in die anderen Tage ist nur so weit zulässig, wie dadurch der achtstündige Maximalarbeitszeit nicht überschritten wird.

Der Stundenlohn oder Stundenverdienst sollte möglichst nicht unter 1,50 Mk. betragen; für beide Geschlechter sollte der Lohn bei allen Arbeitern gleich sein.

Das alles zu erreichen, betrachten wir als die nächsten unserer Ziele, auch da, wo eben noch Vereinbarungen getroffen wurden, die zwar diesen Zielen nahe kommen, sie aber doch nicht ganz erreichen; da muß das Fehlende bald nachgeholt werden.

Wer mithelfen will, schließt sich uns an! Und wer sollte nicht mithelfen wollen angesichts der großen Aufgaben, die uns gestellt sind?

Wer sollte sich uns nicht anschließen wollen in einer Zeit, wo für Unorganisierte kein Raum mehr ist?

Gibt es zuviel Menschen auf der Welt?

Diese Frage hat vor dem Kriege bekanntlich viele beschäftigt, und sie ist angesichts des menschenmordenden Krieges jetzt noch erörterungswerter, als sie es vor dem Kriege war. Der Krieg hat sicher schon in die 20er Millionen Menschen gekostet. Deshalb ist wohl die Frage berechtigt, ob es für die den Krieg überlebende Menschheit besser oder schlechter sei, daß diese Opfer gebracht wurden und etwa noch vermehrt werden. Denn wenn es für die Menschheit um so besser ist, je größer sie an Zahl ist, so müssen Verluste, wie sie dieser Krieg erfordert, den Lebensstand der Menschheit schon erheblich herabdrücken, wenigstens bei den Völkern, die diese Verluste in hohem Maße zu bringen haben. Doch nicht nur ihr Lebensstand sinkt dadurch, sondern ihr gesamter Kulturstand, wie wir sehen werden. Denn es ist längst erwiesen, wie wir gleich vorweg sagen wollen, daß die Menschheit um so besser steht, je größer ihre Zahl ist. Besonders tritt das ins Auge hinsichtlich eines Volkes gegenüber anderen Völkern. Die Bevölkerung wird erst zur Gefahr für die Menschheit oder auch für ein Volk, wenn sie in Ueberbevölkerung übergeht. Ueberbevölkerung kann aber erst dann bezeichnet werden, wenn die Bedürfnisse aller nicht mehr so gedeckt werden können, wie es der erkommene Kulturstand erfordert. Ob eine solche Gefahr der ganzen Menschheit oder einem Volke aber jemals drohen wird, ist sehr fraglich. Solange aber diese Gefahr nicht droht, braucht man die Ueberbevölkerung nicht zu fürchten. Und die Gefahr, daß die Menschheit bei immer steigender Bevölkerungszahl ihre Bedürfnisse nicht mehr befriedigen könnte, droht noch lange nicht. Deshalb hat man auch Frankreich ob seines bekannten Rückganges des Geburtenüberschusses niemals beglückwünscht, sondern allenthalben mehr oder weniger laut beklagt, und in Deutschland hat man einem erwiesenen

Geburtenrückgang mit sehr gemischten Gefühlen gegenübergestanden; die Zahl derer, die über jene Erscheinung Freude empfanden, dürfte sehr gering gewesen sein, wenn es auch sehr viele gab, die eine Ueberbevölkerung befürchteten und allen Ernstes glaubten, es müsse ein Krieg kommen, weil sonst die Erde bald nicht mehr genug Raum und vor allem nicht mehr genug Nahrung für alle Menschen böte. Diese Leute müssen den Geburtenrückgang in der Tat als ein Glück ansehen, weil er eine Beschränkung des Bevölkerungszuwachses bedeutet und nach ihrer Meinung Kriege mit all ihrem Leid und all ihren Greueln überflüssig machen müßte. Wenn ein Krieg nur deshalb notwendig sein sollte, weil auf der Erde zu viele Menschen leben, so wäre es in der Tat besser, den Bevölkerungszuwachs künstlich einzuschränken, als hinterher die Menschen sich gegenseitig nach allen Regeln der Kunst erschlagen zu lassen.

Aber, fragt Genosse A. Ellinger in der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ in einem kulturgeschichtlichen Rückblick, ist es denn richtig, daß uns eine Ueberbevölkerung drohte, und daß die Erde ihre Bewohner nicht mehr ernähren kann? Und er antwortet mit Recht: Keineswegs! Die Erde kann, wenn sie nur richtig bewirtschaftet wird, zweifellos noch die mehrfache Zahl ihrer heutigen Bewohner ernähren. Mit der Zahl ihrer Bewohner und den Fortschritten der Technik steigt ihre Fruchtbarkeit. Denken wir doch nur an frühere Zeiten zurück! Vor Jahrtausenden brauchten kleine Herden unserer Vorfahren noch ungeheure Gebiete, um sich ernähren zu können. Sicher hätte sich damals niemand träumen lassen, daß einst ein Gebiet wie das heutige Deutschland ein Volk von vielen Millionen ernähren könne. Die Entwicklung der Technik und die Steigerung der Volkszahl ermöglichten es, dem Boden Schätze abzuräumen, die man früher gar nicht kannte. Die Steigerung der Volkszahl trug auch zu einer besseren Bearbeitung des Bodens und zur Steigerung seiner Ertragskraft bei. Denken wir an Mesopotamien und Palästina! Es waren einst, solange sie stark bevölkert waren, die blühendsten Gebiete der Erde. Als ihre Volkszahl zurückging, verödeten sie, und heute können sie kaum noch einen kleinen Prozentsatz ihrer einstigen Bewohner ernähren. Denken wir umgekehrt an die frühere märkische „Sandstreu-büchse“! Welch blühendes Gebiet ist im Laufe der Jahrhunderte aus ihr unter dem Einfluß der menschlichen Arbeit geworden! Denken wir an die Rheingebirge, auf der einst nichts als Ginster und Heidekraut wuchs und die jetzt von Jahr zu Jahr mehr der Kultur erschlossen wird. Und so gibt es in Deutschland noch riesige Strecken von Heide, Sumpf, Moor und anderen Ödlandereien, die im Laufe der Zeit durch menschliche Arbeit in blühende Gärten und fruchtbare Felder umgewandelt werden können. Was fehlt, sind nicht die Landereien, sondern die Arbeitskräfte, die das Ödland erschließen und es in fruchtbare Felder verwandeln. Was aber für Deutschland gilt, das gilt erst recht für andere Länder, die zum Teil zehn-, ja hundertfach dünner besiedelt sind als das Deutsche Reich und die bei gleicher Bewirtschaftung nicht minder, sondern noch mehr ertragsfähig sein könnten als unser Vaterland.

Eine Ueberbevölkerung der Erde ist also fürs erste noch nicht zu befürchten. Wohl aber kann der Rückgang der Bevölkerungszahl für ein Volk eine schwere Gefahr bedeuten. Der Rückgang der Bevölkerungszahl oder auch nur die Stokung des Bevölkerungszuwachses bedeutet nämlich eine Stokung der Volkswirtschaft. Die Zeit einer raschen Volksvermehrung ist in der Regel auch eine Zeit des raschen wirtschaftlichen Aufschwungs und umgekehrt. Und das ist ganz natürlich. Für die wachsende Bevölkerung müssen ja Wohnungen, Schulen und andere Bildungsstätten, es muß für sie Verkehrsgelegenheit, Kleidung, Nahrung und vieles andere geschaffen werden. Das reut die Volkswirtschaft an, bedeutet für die Arbeiter mehr Arbeit und für die Kapitalisten erhöhten Gewinn. Es ist ja keineswegs so, daß die Menschen in dünnbevölkerten Ländern besser leben als in dichtbevölkerten. Im weiten russischen Reiche hungern die Bauern, und in Frankreich, dem klassischen Lande des Zweifelhinderhübens, ist die wirtschaftliche Entwicklung seit Jahrzehnten gehemmt. Die Massen des französischen Volkes, insbesondere die französischen Arbeiter, leben nicht besser, sondern schlechter als die deutschen, die ihre Lebenshaltung in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges mit Hilfe ihrer Gewerkschaften immerhin wesentlich verbessern konnten.

Ueberhaupt bringt das Wachstum der Bevölkerung Fort-

schritte mancherlei Art, die ohne es ganz undenkbar sind. Erst wenn die Bevölkerung eines Landes eine bestimmte Dichte erreicht, lohnt sich zum Beispiel der Bau von Eisenbahnen. In einem Gebiet, wo nur wenige Menschen wohnen, wird niemand eine Bahn bauen lassen. Straßenbahnen sind nur in Städten und dichtbevölkerten Industriegebieten, nicht aber auf dem dünnbevölkerten Lande rentabel. Theater, Bibliotheken, Kunsthallen, Bildungsstätten ähnlicher Art kann man nur dort erbauen, wo viele Menschen beisammenwohnen. So schafft die Bevölkerungszunahme dem weiteren Fortschritt erst bestimmte Voraussetzungen. Mit dem Wachsen der Bevölkerungszahl wächst auch die Zahl der Intelligenzen: der Erfinder, Künstler und Gelehrten aller Art, was der Menschheit durch die Förderung der Wissenschaften und der Technik zugute kommt. Solange die Bevölkerungszahl wächst, sorgen immer neue Bedürfnisse für neue Anregung und neue Forschung, indes bei einem Stillstand der Bevölkerungszunahme oder gar bei einem Bevölkerungsrückgang leicht auch ein allgemeiner Stillstand der Kultur eintritt. Der Bauer im Gebiete von Babylon arbeitet zum Beispiel heute noch mit denselben primitiven Ackergeräten, die seine Vorfahren schon vor Jahrtausenden in Benutzung hatten.

Der Rückgang der Bevölkerungszahl ist also kein Glück, sondern ein Unglück für ein Land, und zwar sowohl aus kulturellen wie aus wirtschaftlichen und schließlich auch aus nationalen Gründen. Denn die Erfahrung lehrt, daß dünnbevölkerte Länder immer noch sehr leicht ein Raub ihrer dichtbevölkerten Nachbarn wurden. Darum haben sich auch die deutschen und besonders die preussischen Fürsten nach dem Dreißigjährigen und dem Siebenjährigen Kriege bemüht, ihre bevölkerungsarmen und öden Lande möglichst rasch zu besiedeln, und es ist nicht zu bestreiten, daß das Ausblühen der preussischen Lande in hohem Maße auf diese Bevölkerungs-politik zurückzuführen ist.

Ellinger hat darin ganz recht. Alle Völker sollten einer Bevölkerungspolitik huldigen, die Vermehrung der Bevölkerung so lange als ihr Ziel ansieht, wie die steigenden Bedürfnisse einer fortgesetzt vermehrten Bevölkerung befriedigt werden können. Ob das geschehen kann, das hängt aber nicht allein von den wissenschaftlichen, sondern auch von den physischen Fortschritten der Menschheit ab. Und diese Erkenntnis führt uns zu der Förderung der Pflege einer weit aus-reichenden und durchgreifenden Sozialpolitik, die ihr Ziel sieht in der möglichsten Hebung der Volksgeundheit und damit der Volkskraft. Nicht allein das zahlreichste Volk wird allen anderen Völkern in allem seinen Lebensstand Betreffenden überlegen sein, es wird diese Ueberlegenheit nur auf die Dauer behaupten können, wenn seine physischen Kräfte seinen wirtschaftlichen Entschlossenheit und beide einander ergäßen. Eine gesunde Bevölkerungspolitik muß deshalb ihr Ziel außer in der Vermehrung der Volkskräfte auch in deren Erhaltung sehen, muß nicht nur die Geburten zu fördern, sondern auch Krankheit und Tod einzuschränken suchen, wobei die persönlichen Freiheitsrechte des Einzelindividuum natürlich völlig unangetastet bleiben müssen und die Verhinderung einer Geburt nicht mit Strafe bedroht werden darf.

Die Arbeiterinnen und das allgemeine Wahlrecht.

Die sozialistische Republik hat den bisher rechtlosen Frauen Deutschlands die politische Freiheit gegeben. Eine Verordnung der sozialistischen Regierung besagt, daß neben den Männern auch alle über 20 Jahre alten Frauen wahlberechtigt und wählbar sind.

Durch diese Verordnung ist eine seit Jahrzehnten erhobene politische Forderung der Arbeiterklasse erfüllt, sind die weiblichen Volksgenossen plötzlich aus ihrer Bedeutungslosigkeit herausgehoben und den Männern rechtlich gleichgestellt.

Mehr als 20 Millionen Frauen, bisher vollständig rechtlos, sind nun vollberechtigte Staatsbürgerinnen.

Bald wird sich die Gelegenheit bieten, von diesem vornehmsten Rechte aller Staatsbürger, dem Recht der Stimmabgabe, Gebrauch zu machen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung, die für den 16. Februar 1919 ausgeschrieben sind, werden zum ersten Male die Frauen an die Wahlurne rufen. Zum ersten Male werden die

können sie gar nicht leisten, weil das, als Ganzes betrachtet, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht zu erreichen ist.

Läßt man aber auch zunächst noch den größten Teil dieser Riesenaufgabe außer acht, so gilt es doch, denen, die schon höhere geistige Interessen haben, die sie aber bisher mehr schlecht als recht befriedigen konnten, zu helfen, ihnen die Befriedigung dessen, was sie suchen, zu Bedingungen zu beschaffen, die günstiger sind als bisher; mit anderen Worten: Für weniger Geld mehr und Besseres zu bieten, als bisher geboten wurde. Das allein ist schon eine Aufgabe, die weder von den einzelnen Organisationen der Arbeiter, noch von ihnen zusammen gelöst werden kann, eben weil es ihre Mittel nicht zulassen und — in seiner Totalität! — auch aus dem Rahmen ihrer Aufgaben herausfällt.

Aber das ist erst die eine Seite des Problems. Die andere, ebenso wichtige, ist die direkte Einwirkung auf die Theater und sonstigen Kunststätten in dem Sinne, daß dieselben den Kunstkonumenten, um einmal diesen Ausdruck zu gebrauchen, das Beste vom Besten bieten, und vor allem, das sie das geben, was ihre Abnehmer wünschen. Eine große Gewerkschaft wird ja wohl in der Lage sein, für ihre Mitgliedschaft mal einen Theater- oder Konzertabend vollständig zu pachten und ein Programm zu bekommen, das ihr zusagt. Aber damit ist für das Ganze gar nichts erreicht. Damit wird an dem Wesen der heutigen Kunstproduktion nichts geändert. Die große Masse der Besucher wird dabei nach wie vor mit dem fürlich nehmen müssen, was die jeweilige Direktion ihnen zu bieten für auf befindet — und das hängt immer vom Kassentrapp ab. Wie aber das künstlerische Gut aussieht, das unter diesem Gesichtspunkt zur Verteilung gelangt, darüber ist schon manches treffliche Wort gesagt worden. Die Hebung des künstlerischen Niveaus der Theater und Kunststätten ist also nur möglich unter gleichzeitiger Bekämpfung des reinen Geschäfts- oder kapitalistischen Charakters dieser Unternehmungen! Man wird aber zugeben müssen, daß das eine Aufgabe ist, die mit den Mitteln der Gewerkschaften direkt nicht bewältigt werden kann, obwohl es sich dabei um kulturelle und zugleich auch um soziale Aufgaben handelt, die den sonstigen Aufgaben und dem Wesen der

Gewerkschaften nahe verwandt sind. Wer aber das Eine — die geistig-kulturelle Hebung des Volkes durch das Bildungs- und Erziehungsmittel der darstellenden Kunst — will, der muß auch das Andere wollen: Die soziale und kulturelle Hebung des Bildungsmittels, des Theaters! Diese Aufgabe abhengen, hieße auf ein wertvolles Mittel zur geistigen Hebung der Mit-gliedschaften verzichten. Darum, weil wir das nicht dürfen, muß eine andere Organisation — nach dem Prinzip der Arbeitsteilung — diese Arbeit verrichten.

Die Aufgabe nun, den Massen des Volkes das Theater und gute, echte Kunst überhaupt, näher zu bringen und umgekehrt das Theater der Masse; andererseits aber auch auf die künstlerischen Unternehmungen einen nachhaltigen Einfluß im Sinne einer wirklichen künstlerischen, kulturellen und sozialen Hebung auszuüben — diese Aufgabe hat sich der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur gestellt. Der Verband hat kein bestimmtes künstlerisches Programm in dem Sinne, daß er gewisse Richtungen oder Strömungen fördern oder andere hemmen will — er hat keine „ismen“ in seinem Programm; er vertritt auch keine bestimmte politische Richtung oder Weltanschauung; seine einzige Aufgabe soll sein, die Förderung wahrer und echter Kunst vor allem in dem Sinne, daß jeder das, was er sehen oder hören will, in einer Weise vorgeführt bekommt, daß er für seine Welt- und Lebensanschauung den künstlerisch und feilsch höchsten Gewinn aus dem Dargebotenen heimträgt. Der Verband wird also beispielsweise einer katholischen Mitgliedschaft nicht „Die Brüder von Sankt Bernhard“ vorkommen lassen und ebenso wenig einer sozialdemokratischen ein Tendenzstück, das sich gegen ihre politische Anschauung richtet, sofern sie nicht selber den Wunsch hat, es kennen zu lernen. Darüber, was die einzelnen Mitgliedschaften vorgeführt zu haben wünschen, sollen sie selber bestimmen. Und wenn Vorfürhrungen für ein gemischtes Publikum stattfinden, dann bietet der reiche Schatz unserer Bühnenkunst soviel des anerkannt Guten und Schönen, das alle es sehen und hören können, ohne irgendwelchen üblen Anstoß zu empfinden. Nur daß es in denkbar schönster und zugleich wohlfeilster Weise dargeboten wird, dafür will der Verband mit seinen Mitteln sorgen.

Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

Von A. Kno II,

Vertreter der Generalkommission im Verband zur Förderung Deutscher Theaterkultur.

IV.

Die Gewerkschaften und das heutige Geschäftstheater.

Soweit nun die organisierte Arbeiterschaft heute schon ein größeres Bedürfnis nach künstlerischer Erbauung hat, ist sie in der Hauptsache auf die geschäftliche Darbietung dieser Art angewiesen. Es kann zugegeben werden, daß in dieser Hinsicht in Berlin und noch in einigen Großstädten mancherlei Gutes und Schönes geboten wird. Aber es ist selbst in Berlin für die meisten Arbeiter mit großen Umständen verbunden, die zugleich auch ein Mehr an Kosten bedeuten. Die große Mehrzahl der Arbeiter wohnt an der Peripherie und in den Vororten; für sie bedeutet der Besuch eines guten Theaters oder Konzerts daher immer eine Meile und unterbleibt deshalb oftmals, selbst wenn es nicht an Interesse und den nötigen Mitteln fehlt. Hinzu kommt, daß bei dem gegenwärtigen Andrang zu den Theatern die Erlangung einer Eintrittskarte höchst unsicher ist. Aber auch wenn wir davon absehen, so steht doch fest, daß das Gute, das heute geboten wird, nur einem ganz kleinen Bruchteile der Arbeiterschaft zustatten kommt. Ein anderer und erheblich größerer Teil gibt sein Geld wahllos für künstlerisch minderwertiges hin, erhält also verfälschte oder gar vergiftete geistige Nahrung zu den sonstigen zweifelhaften physischen Er-satzmitteln der gegenwärtigen und wahrscheinlich auch noch kommenden Zeit. Die Folge ist: geistige Verbildung, statt Bildung. Und endlich: der größte Teil lebt leider noch in geistig-kultureller Beziehung stumpf und dumpf dahin.

Es ist also allgemein noch eine Unmasse von Kulturarbeit auf diesem Gebiete zu leisten. Das ist aber eine Arbeit, die die verschiedenen Arbeiterorganisationen auf lange Zeit hinaus gar nicht in Angriff nehmen können, selbst wenn sie es wollen; sie

Frauen ihren Einfluß auf die Zusammensetzung einer verfassung- und gesetzgebenden Körperschaft geltend machen können.

Die Nationalversammlung wird erst die künftige Staatsform zu bestimmen haben. Durch ihre Teilnahme an der Wahl sollen die Frauen über das zukünftige Schicksal des Landes entscheiden.

Daß diese Staatsform beibehalten wird, daran ist die gesamte Arbeiterchaft auf das stärkste interessiert. Mit der Gewerkschafterschaft auch die Frauen, die in Zukunft, nach den furchtbaren Verlusten des ruderischen Krieges, eine ausschlaggebende Rolle im Wirtschaftsleben des Volkes einnehmen werden.

Die Sozialdemokratie als politische Interessenvertretung der Arbeiter hat schon unter der alten Herrschaft für die Arbeiterklasse gewirkt. Ihr Streben war immer, die Macht des Kapitalismus zu brechen, die Arbeiterklasse einer freieren, schöneren Zukunft entgegenzuführen.

Das wissen die gewerkschaftlich geschulten Frauen, die organisierten Arbeiterinnen. Sie wissen aber auch, daß alles das noch unzulänglich ist, daß noch viel mehr geschaffen werden muß, daß der weitere Ausbau der sozialen Gesetzgebung bisher vielfach scheiterte an dem Widerstand der reaktionären arbeitfeindlichen Mächte, die jetzt durch die Revolution beseitigt sind.

Die Arbeiterinnen wissen auch, daß es noch unendlich viele Frauen und Mädchen gibt, die aus Unverstand oder sonstigem Anlaß, oft auch wegen mangelnder Aufklärung, den politischen wie den gewerkschaftlichen Organisationen verständnislos gegenüberstehen, die nicht begreifen wollten, daß die Arbeiterklasse zur Durchsetzung ihrer Forderungen zusammenstehen muß in starken Organisationen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen und politischen Rechte.

Die furchtbaren Kriegsjahre haben die politische Erkenntnis erweckt und gereift. Die Frauen sind alle politisch stark interessiert.

Wie könnte es auch anders sein! Es kann den Frauen nicht gleichgültig sein, wie die gesetzgebenden Körperschaften zusammengesetzt sind, die die Zoll- und Steuergesetzgebung, die soziale Gesetzgebung, die Arbeiterschutzgesetzgebung, kurz alle gesetzgeberischen Maßnahmen, die für das Leben der Frauen von so einschneidender Bedeutung sind, zu machen haben.

Dieses politische Interesse äußert sich jetzt darin, daß viele Tausend Frauen und Mädchen den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteien zufließen. Diese Neuzugewonnenen haben noch nicht alle die politische Reife, die langjährige Zugehörigkeit zur Gewerkschaft und Partei gibt. Es ist deshalb Pflicht aller Arbeiterinnen, dahin zu wirken, daß Aufklärung über die Wahl und über den Gebrauch des Stimmzettels überall verbreitet wird. Die Zeit ist kurz und muß deshalb aufs äußerste ausgenutzt werden zur intensiven Aufklärungsarbeit. Überall, in Stadt und Land, bis in das kleinste Dörfchen hinein müssen die Frauen aufgeklärt werden darüber, welche Bedeutung es für sie selbst, für die Arbeiterklasse als Ganzes, ja für das ganze Volk hat, daß die Wahlen der Sozialdemokratie die Mehrheit in der Nationalversammlung bringen.

Daß es so kommt, dazu müssen alle Arbeiterinnen mithelfen. Jede einzelne muß jetzt aufklärend und werbend wirken, unermüdet tätig sein für die Sache des Volkes, die ihre eigene Sache ist. Keine Kraft kann jetzt entbehrt werden, wo es sich darum handelt, das Fundament zu schaffen, auf dem wir unsere Zukunft aufbauen wollen. Politische Freiheit ist noch keine wirtschaftliche Freiheit. Diese müssen wir erst noch erkämpfen.

Die gesamte Arbeiterchaft erwartet von den Frauen Betätigung an dem großen Befreiungswerk, dessen Anfang die Revolution schuf. An den Frauen selbst wird es liegen, die Hoffnungen zu erfüllen, die auf sie gesetzt werden. Tut jede Arbeiterin ihre Pflicht, ist sich jede bewußt, daß durch sie das Werk gefördert wird, so wird die Zeit, obwohl nur kurz bemessen, doch die Aufklärungsarbeit fördern, und die Frauen der arbeitenden Klasse werden ihre politische Reife dadurch bekunden, daß sie die Vertreter der Sozialdemokratie wählen.

Im Bewußtsein der Verantwortlichkeit gegenüber dem Volksganzen, in der Erkenntnis, die Zukunft, deren Trägerinnen sie sind, durch den Sozialismus heller zu gestalten, müssen die arbeitenden Frauen in den Wahlkampf eintreten, müssen sie der Sozialdemokratie zum Siege verhelfen!

Martha Soppe.

Unlebame Erscheinungen auf dem städtischen Grundstücksmarkte.

WIL. In den letzten beiden Kriegsjahren hat sich eine steigende Regsamkeit auf dem städtischen Grundstücksmarkte bemerkbar gemacht. Die steigende Nachfrage nach Wohnungen und die Mietsteigerungen boten einen starken Anreiz zum Erwerb von Hausgrundstücken. Aus den letzten Monaten liegen nun aber Nachrichten aus verschiedenen Gegenden Deutschlands vor, die zeigen, daß der Besitzwechsel in städtischen, und zwar namentlich in bebauten Grundstücken bereits Formen angenommen hat, die vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus als recht bedenklich zu bezeichnen sind. Einmal wurden Käufe vorgenommen durch große industrielle Werke, die sich auf jeden Fall für ihre Arbeiter und Angestellten Wohnungen sichern oder aber geeignete Abschreibungsobjekte schaffen wollten. Solche Nachrichten liegen vor aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk, aus der Provinz Hannover, der Niederlausitz und aus anderen Gegenden. Aus einzelnen Orten wird berichtet, daß ganze Häuserreihen durch Industriefirmen aufgekauft worden sind. Aber auch sonst werden in letzter Zeit, ähnlich wie auf dem ländlichen Grundstücksmarkte, auch in den Städten zahlreiche Grundstückskäufe vollzogen, wohl meistens von Geschäftleuten, die ihre Kriegsgewinne in Grundbesitz fest anlegen wollten. In einzelnen Gegenden war anscheinend eine geradezu ungeheure Eucht, Grundstücke anzukaufen, entstanden, so z. B. in Oberschlesien, wo auch russisch-polnische Geschäftleute an Käufen stark beteiligt gewesen sein sollen. Die erzielten Preise sollen überall sehr hoch gewesen und oft über mehr als das Doppelte des ehemaligen Wertes hinausgegangen sein; so z. B. wird aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß eine Firma in der

Niederlausitz für ein Haus mit zwei kleinen Wohnungen, das früher 8000 Mark kostete, 28 000 Mark gezahlt habe.

Diese Vorgänge haben nun natürlich bedauerliche Mißstände im Gefolge. Einmal werden meistens den Bewohnern die Mietverträge sogleich gekündigt. Die Mietneigungsämter scheinen sich aber in vielen Orten auf den Standpunkt zu stellen, daß infolge dieser Käufe gegen die Mietkündigungen nicht einzuschreiten sei, so daß die Mieter der verkauften Häuser häufig verhältnismäßig plötzlich auf die Straße gesetzt werden, da sie neue Wohnungen nicht so schnell finden können. Ferner aber werden durch diese Ankäufe die Preise der Grundstücke in einer ganz unnatürlichen Weise in die Höhe getrieben und zwar durch Ursachen, die doch schließlich vorübergehender und nicht dauernder Natur sind. Diese Preiserhöhung wirkt aber wiederum auf Erhöhung der Mietpreise hin, da für die hohen Kaufpreise natürlich eine „angemessene Verzinsung“ erstrebt wird und oft Notgedrungen auch anerkannt werden muß, besonders unter dem Druck der gegenwärtigen Wohnungsnot. Wenn diese Mietsteigerungen sich zunächst auch nur auf die betroffenen Grundstücke beziehen, so müssen sie allmählich doch auch auf den allgemeinen Stand der Mieten einwirken. Es eröffnen sich also nach verschiedenen Richtungen hin sehr unangenehme Aussichten.

Als dem gegenüber wird die Frage, ob nicht Gegenmaßnahmen möglich und angebracht sind, einer schleunigen und eindringenden Prüfung zu unterziehen sein. Namentlich wird zu erwägen sein, ob sich nicht die alsbaldige Einführung einer kräftigen Hausrentenzuwachsteuer empfiehlt, d. h. einer starken Zuwachsteuer, die nicht wie die frühere Zuwachsteuer einmalig von der Werterhöhung beim Umsatz des Grundstücks, sondern laufend von der eine gewisse festzusetzende Normalrente des Grundstücks übersteigenden Rentenerhöhung erhoben wird. Für eine solche Maßregel würde nicht nur die gegenwärtige allgemeine Finanznot sprechen, sondern auch der Umstand, daß durch eine solche Steuer die übertriebene Spekulationslust in Grundstücken wohl erheblich abgedämpft werden würde.

Nun wird ja allerdings infolge der neuesten Entwicklung der allgemeinen Verhältnisse von einem Kapitalüberflusse, der im Grundstücksmarkt Anlage sucht und die Preise in die Höhe treibt, vorherhand und wohl auf längere Zeit hinaus kaum noch die Rede sein. Auf der anderen Seite macht aber der Wohnmangel doch an vielen Orten auch in der nächsten Zeit noch steigende Miet- und Grundstückspreise und eine entsprechende Grundstücksspekulation wahrscheinlich, und unter diesem Gesichtspunkte dürfte das eben angeregte Einschreiten nach wie vor in Betracht kommen.

Im besetzten Gebiet.

Emmel, der Vertreter von Mülhausen im Elsaß im verfloßenen Reichstag, erklärte einem Pressevertreter:

Ich bin am 14. November vormittags in Mülhausen angekommen und habe durch den Soldatenrat erfahren, daß das Militär beschleunigten Befehl zum Abzug erhalten hatte, weil sich ungefähr 800 elsässische Urlauber und Deserteure mit Handgranaten und Maschinengewehren ausgerüstet hatten und die Gefahr bestand, daß es zwischen ihnen und der in Mülhausen liegenden bayerischen Division zu Kämpfen kommen würde. Mit den deutschen Truppen verließen auch viele Deutsche das Elsaß, selbst solche, die wie ich 25 Jahre und länger in den Reichslanden gelebt und gewirkt hatten und denen Elsaß-Lothringen zur zweiten Heimat geworden war. Die von ihnen gehegten Befürchtungen haben sich leider bewahrheitet. Deutsche Geschäfte wurden geplündert und die Deutschen, die während ihrer Anwesenheit im Elsaß für die Zugehörigkeit dieses Landes zum Deutschen Reich eingetreten, jetzt aber im Vertrauen auf ihre loyale Gesinnung zurückgeblieben waren, hatten unter Mißhandlungen zu leiden. Ich siedelte nach Freiburg über, wo ich seither über die Zustände in Mülhausen nur gelegentlich Einzelheiten erfahren habe. So las ich in einer Nummer des „Mülhauser Tagblatt“, daß sich der Mülhauser Gemeinderat auf Antrag Martin einstimmig für den Anschluß an Frankreich ausgesprochen habe. Die Mülhauser „Volkszeitung“ ist durch einen Gewaltstreik ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen worden und erscheint jetzt unter dem Titel „La République“. Da der Waffenstillstandsvertrag die Sicherheit des Privateigentums verbürgt, haben wir in einem Telegramm an die Mülhauser Stadtvertretung gegen diesen Gewaltstreik entschiedene Verwahrung eingelegt und unser Eigentumsrecht energisch betont.

Die Franzosen lassen den Uebertritt nach Elsaß-Lothringen frei, verhindern aber jede Auswanderung mit den schärfsten Mitteln. Nur einem Elsaß-Lothringer wurde es erlaubt, nach Freiburg überzusiedeln und dort eine Abteilung des Elsässer Soldatenrats zu bilden, der die zurückkehrenden Elsässer über die Verhältnisse in ihrer Heimat aufklären soll. Dieser mit einer halbamtlichen Mission betraute Herr hat in meiner Gegenwart erklärt, daß alle Deutschen aus Elsaß-Lothringen heraus müßten.

Die „Befreier“ verrichten ihre Arbeit radikal, wie man sieht. Soffentlich werfen sie auch bald unsere Gefangenen aus ihren Gebieten hinaus und hollenen so wenigstens in mürdiger Weise ihr „Befreiungswerk“, das sie in so unwürdiger Art begonnen haben. La France a ses enfants retrouvé schreiben die französischen Zeitungen. Frankreich hat also seine Kinder wiedergefunden. Wann werden wir unsere Kinder wiederbekommen?

Berufsvereine, Einigungs-, Schieds- und Tarifwesen im Ausland.

VI.

Nach Aufhebung des allgemeinen Vereinigungsverbots von 1800 durch die Gesetzgebung von 1824/25 bestand zwar formell in England Koalitionsfreiheit, doch war den Berufsvereinen die politische Betätigung ihrer Zwecke immer noch durch Strafandrohungen für fast alle mit der gewerkschaftlichen Kampf- und Werbearbeit zusammenhängende Handlungen stark eingeschränkt. Dazu kam, daß die Rechtspflege die Bindung der Mitglieder durch die Berufsvereine, deren Einwirkung auf Nichtorganisierte und die Verfolgung ihrer Zwecke gegenüber dem Arbeitgeber in der Regel als einen Verstoß gegen den gemeinrechtlichen Grundtat des Eigentumsrechtes und die Freiheit des persönlichen Willens aufsehte. Sie erblickte darin eine Beschränkung der Gewerbefreiheit, d. h. des Rechts jedes einzelnen, über seine Arbeitskraft und über sein Ver-

mögen nach eigenem Ermessen zu verfügen. Die Vereinigung zur gemeinschaftlichen Begehung solcher die Gewerbefreiheit beschränkenden Handlungen stellte nach gemeinrechtlichem Begriff eine strafbare Verschwörung dar. Damit waren trotz Koalitionsfreiheit die Berufsvereine in ihrem Bestande bedroht. Mit dem Berufsvereinsgesetz vom 29. Juni 1871 ist den Berufsvereinen der Verschwörungscharakter genommen worden. Die im Wesen der Berufsvereine liegende Beschränkung der Gewerbefreiheit allein soll nicht mehr den Tatbestand einer strafbaren Handlung bilden können. Damit ist aber die Anwendung des Verschwörungsgesetzes auf die Berufsvereine nicht schlechterdings unmöglich gemacht, vielmehr bleiben Vereinigungen zu ungesetzlichen Zwecken und die Betätigung der Vereine mit ungesetzlichen Mitteln nach wie vor strafbar.

Eine weitere Veranlassung für das genannte Gesetz von 1871 ist das Bedürfnis nach Schutz des Vereinsvermögens gegen Veruntreuung durch Vereinsangestellte. Bis 1824/25 waren die Fonds der Berufsvereine unter dem allgemeinen Koalitionsverbot vogelfrei, da die Gewerkschaften selbst ungesetzlich waren. Später wurde versucht, unter Berufung auf die Unterstützungseinrichtungen das Vereinsvermögen unter den Schutz der Hilfskassengesetze zu stellen. Unter dem Einfluß der den Berufsvereinen ungünstigen Rechtsprechung wurden sie jedoch bald als Hilfskassen nicht mehr als eintraagsfähig erachtet und gingen daher ihrer Rechte wieder verlustig. Nachdem es noch kurz vorher (1869) zu einem besonderen Schutzgesetz für das Vereinsvermögen gekommen war, wird dessen Aufhebung durch das Gesetz von 1871 mit übernommen; zugleich ist die Nichtanwendung der Hilfskassengesetze und die Aufhebung des Vermögensschutzes von 1869 ausgesprochen. Der für den Schutz des Vereinsvermögens maßgebende Treuhandvertrag und sonstige Vereinbarungen werden hiermit, entgegen der Anschauung der Gerichte, als rechtsgültig anerkannt. Außerdem sind noch gegen Veruntreuung oder betrügerische Handlungen von Vereinsbeamten, Mitgliedern oder dritten Personen besondere Schutzbestimmungen getroffen. Für den Schutz des Vermögens nicht eingetragener Berufsvereine wird der eigentümlich für Handelsgesellschaften bestimmte Recorder Act von 1868 und der Falsification of Account Act von 1875 zu Hilfe genommen, die aber nur strafrechtlichen Schutz gewähren. Eine vermögensrechtliche Begünstigung genießen die Berufsvereine durch die im Gesetz vom 28. März 1893 ausgesprochene Freilassung von der Einkommensteuer.

Als Gegenforderung für die eingeräumten Vorteile verlangt jedoch das Gesetz von 1871 die Eintragung der Berufsvereine in ein amtliches Register und damit eine ständige Kontrolle über ihre Satzungen, deren Abänderungen, über die Tätigkeit der Berufsvereine und insbesondere über die Vermögensverwaltung durch Vorlesung von Jahresberichten. Ferner wird die Einhaltung von Normativbestimmungen in den Satzungen und die Öffentlichkeit der Satzungen verlangt.

Um dem Berufsverein die Rechte und Pflichten einer juristischen Person zu geben, ohne ihn selbst als solche formell zu erklären, wird in dem Gesetz von 1871 ein Treuhandverhältnis zur Anwendung gebracht, nach welchem der Treuhänder nach außen der Besitzer der einzelnen Vermögensstücke des Berufsvereins ist und die Aufsicht darüber führt. Er vertritt im Rechtsstreit den Berufsverein in vermögensrechtlicher Beziehung. Das Rechtsverhältnis des Berufsvereins zu seinen Mitgliedern und der Mitglieder untereinander wird von dem Treuhandvertrag nicht berührt. Den wichtigsten Rechtsbeziehungen letzterer Art wird der Rechtschutz verweigert, indem bestimmt wird, daß einerseits die Berufsvereine die Mitgliedsbeiträge oder Geldbußen, andererseits die Mitglieder ihre Unterstützungsansprüche gerichtlich nicht betreiben können.

Ein Gesetz vom 7. März 1913 erlaubt den Berufsvereinen, solange sie nach der gesetzlichen Begriffsbestimmung solche bleiben, die Verfolgung anderer als der aus der Begriffsbestimmung sich unmittelbar ergebender Zwecke, wenn diese Zwecke in der Vereinsatzung gebilligt sind. Die Verwendung des Vereinsvermögens zu politischen Zwecken ist jedoch an die Bedingung geknüpft, daß sie durch Mehrheitsbeschluß gebilligt ist, und daß durch genehmigungspflichtige Satzungsänderungen die politischen Fonds von dem übrigen Vereinsvermögen abgetrennt werden, wobei die Beitragspflicht zu ersteren den Mitgliedern durch schriftlich abzugebende Erklärung abzulehnen freistehen muß. Aus der Nichtbeteiligung an den politischen Fonds dürfen den Mitgliedern keine Nachteile entstehen.

Das gewerbliche Einigungswesen ist in England schon im Anfang seiner industriellen Entwicklung gefördert worden. Das jetzt geltende Einigungsgesetz hat von 1903 bis 1912 in Großbritannien und Irland bei der Beilegung von 136 Arbeitskämpfen, an denen 697 913 Arbeiter beteiligt waren, mitgewirkt. Demgegenüber sind in den Jahren 1903 bis 1912 im ganzen 5313 Arbeitskämpfe ausgebrochen, an denen 3 319 580 Arbeiter unmittelbar beteiligt waren. Außer der Beilegung von offenen Arbeitskämpfen (Streiks und Aussperrungen) ist auf Grund des Gesetzes von 1896 in diesen zehn Jahren die Beilegung von 225 Arbeitsstreitigkeiten gelungen, bei denen eine Arbeitseinstellung nicht stattgefunden hat.

Ein Industrierat hat neben der allgemeinen Aufgabe, die ihm vorgelegten Fragen über gewerbliche Streitigkeiten zu beutachten und zu untersuchen, die besondere Aufgabe, geeignete Maßnahmen zu treffen zur Beilegung von Streitigkeiten, welche die hauptsächlichsten Gewerbezweige betreffen oder die Hilfsämter betreffen, oder welche von den Parteien nicht selber beigelegt werden können. Die Beschlüsse des Industrierats gehen nicht über den Rahmen des Einigungsgesetzes hinaus und schließen keine Zwangsbeschlüsse in sich.

Der am 26. Oktober 1911 eröffnete Industrierat bestand bei seiner Errichtung aus je dreizehn führenden Unternehmern bzw. Arbeitervertretern und stand unter dem Vorsitz des Leiters der Arbeitsabteilung im Handelsministerium.

Aufruf an die Frauen!

Das Tor ist weit aufgetan. Und wir Frauen strömen herein, Freudvollende und Mitgerissene, Erwachte und Träumende.

Am Tor soll aber ein Engel Wache halten mit Augen, die bis ins Innerste sehen und mit einer Stimme, die spricht: „Keine komme herein, der nicht in glühendem und oft verzweifeltm Herzen alles Elend der Menschheit eigenes Elend war und alle Schuld der Menschheit eigene Schuld,

feine, der nicht das Blutgeschicken dieser Jahre zur Anklage wurde auf Leben und Tod, und keine, der nicht aus Qual und Schuld ein heiliger Wille erwuchs zu befreiendem Tun."

In Trümmern liegt die von den Männern allein erbaute Welt, die alte Welt der Macht und Gewalt. Nun seid Ihr betreten, begradet und verdammt, mit den Männern zusammen die neue Welt zu bauen, die Geist- und Liebeswelt.

Das von den Männern geformte Werkzeug wird mit in Eure Hand gegeben. Nehmt es dankbar und voller Demut! Aber Euer Dank soll sein, daß Ihr keiner Lockung folgt, weder von rechts noch von links, daß Ihr keiner Gewalt Euch beugt, weder von rechts noch von links, Euch nicht blenden laßt vom falschen Glanz der „Realpolitik“.

Ihr seid nicht gerufen, damit mehr Parteien sich bilden, auch nicht, damit die alten Parteien stärker werden. Ihr sollt nicht Schlagworten dienen und nicht engen Parteiprogrammen. Sondern dem Geist der Liebe und der Freiheit und Gerechtigkeit, wie er in Euren Herzen lebt, sollt Ihr zum Siege helfen und nicht, wie er aus fremden Geboten spricht. Eurer D u t s religion sollt Ihr folgen ohne Furcht vor Spott und Gewalt. Den Geist Eurer mütterlichen Liebe sollt Ihr frei strömen lassen ohne Damm und ohne Grenzen, sollt das Leben jeden Mannes und jeder Frau im Volke so gestalten, wie Ihr das Leben Eures eigenen Kindes gestalten wollt.

Schließt Euch zusammen zu einem neuen weiteren Menschheitssozialismus. Berta Lask.

Wo bleiben die Frauen?

Die Greizer Kolleginnen haben mir unter Bezugnahme auf diese Frage mitgeteilt, daß dort fünf unserer weiblichen Mitglieder in die durch die Revolution neugebildeten Körperschaften gewählt wurden. Es gehören drei von ihnen dem Arbeiterrat, zwei dem Demobilisationsausschuß (eine davon ist zugleich Arbeiterratsmitglied) und eine dem Ausschuß für Schulwesen an. Es wäre doch von Wichtigkeit zu wissen, wo sonst noch Kolleginnen in die Räte und sonstige neuzeitliche Körperschaften hineingewählt wurden. Die Nachricht aus Greiz ist bis jetzt die einzige. Sind die Kolleginnen anderer Orte nicht auch der Meinung, daß es von Interesse für mich wäre, zu wissen, wo unsere weiblichen Mitglieder am Aufbau unserer Zukunft mitarbeiten?

Martha Soppe.

Aus der Textilindustrie.

Sonntag, 1. Dezember, fand in Plauen im Gewerkschaftshaus, Schillergarten, eine Konferenz der Filialvorstände des Bundes 9 statt. Als Vertreter der Zentrale war Kollege Züdel-Berlin erschienen. Die Konferenz war vom besten Geiste befeelt. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Verarbeitung in den letzten Tagen guten Erfolg gezeitigt hat; von der Fabrikstelle Plauen allein wurde bekanntgegeben, daß sie 3300 Aufnahmen innerhalb eines Zeitraumes von 14 Tagen zu verzeichnen hatte. Auch von den anderen Filialen ist ein gutes Arbeitsergebnis zu verzeichnen. Ausführlicher Bericht folgt in nächster Nummer.

Abkommen hinsichtlich der Arbeitszeit in Sachsen. Der am 29. November 1918 zusammengetretene Arbeitsausschuß für die sächsische Textilindustrie in der Uebergangszeit, paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie und des Deutschen Textilarbeiterverbandes, hat sich bezüglich der Regelung der Arbeitszeit auf folgende Gesichtspunkte geeinigt:

1. Die tägliche regelmäßige Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, Sonnabends 6 Stunden.
2. In solchen Fällen, wo einwandfrei der Nachweis erbracht wird, daß länger als 46 Stunden in der Woche gearbeitet werden muß, kann bis 48 Stunden gegangen werden. Erstreckt sich in diesen Fällen die tägliche Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus, so ist die Zeit, die 8 Stunden übersteigt, mit Ueberstundenlöhnen zu bezahlen.
3. Die Umrechnung der früheren Löhne nach Maßgabe des am 15. November 1918 in Berlin abgeschlossenen Abkommens zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden hat auf Grundlage der 46stündigen Arbeitswoche zu erfolgen.
4. Diese Bestimmungen treten am 2. Dezember in Kraft und haben Gültigkeit bis zu zentraler Regelung der Angelegenheit.

Anmerkung: Nach Abschnitt 2 ist zugelassen, daß statt 46 48 Stunden gearbeitet werden kann, wenn einwandfrei der Nachweis erbracht wird, daß so lange gearbeitet werden muß. Der Nachweis muß nach der Gewerkschaftsorganisation gegenüber erbracht werden und muß darin die Zeit in Ueberstundenlohn bezahlt werden.

Umwälzungen in der Seidenindustrie der Welt. Zu gleicher Zeit, in welcher sich in politischer Hinsicht in der ganzen Welt Umwälzungen vollziehen, haben auch in der Seidenindustrie aller Länder Veränderungen stattgefunden, welche deshalb beachtenswert sind, weil sie wahrscheinlich auch in anderen Zweigen des Webstoffgewerbes Änderungen zu Folge haben werden und deshalb besonders beachtenswert sind, weil die Seidenindustrie aller Länder zurzeit die einzige ist, welche in ziemlich normaler Weise ihren Betrieb fortsetzen kann. Zunächst wird aus Amerika berichtet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten einen Erlaß veröffentlicht, nachdem die Einfuhr von asiatischen Rohseiden kontingentiert wird. Da die Vorräte nicht allzu bedeutend sind, hat dieser Erlaß selbstverständlich große Bestürzung bei den amerikanischen Seidenfabrikanten hervorgerufen. Es hat aber den Anschein, als ob diese Maßregel eigentlich ihre Ursache in dem Bestreben der Japaner findet, den Wettbewerb Amerikas einzudämmen und der riesig gewachsenen japanischen Seidenindustrie den Rohstoff zu sichern. Eine weitere Umwälzung, die eigentlich einen entgegengesetzten Plan kennzeichnet, hat sich in Italien vollzogen. Die italienischen Seidenproduzenten verlangen die sofortige Aufhebung der Ausfuhrbeschränkungen für Rohseiden.

Betriebsergebnisse. Deutsche Spitzenfabrik A. G. in Leipzig. In der Generalversammlung wurde Geschäftsbericht und Abschluß gegen 8 Stimmen eines Aktionärs genehmigt und die Dividende auf 4 Prozent, die aus dem Spitzenreferendonds gedeckt wird, festgesetzt. Die Anregung eines Aktionärs, von einer Dividendenverteilung abzusehen

und dafür für die Uebergangswirtschaft vorzulegen, fand nicht die Unterstützung der Versammlung. Wie der Vorsitzende mitteilte, sei gegen die Gesellschaft wegen Schädigung der Gesellschaftsinteressen, hervorgerufen durch den englischen Leiter der Gesellschaft, Klage erhoben worden, die zwar als unbegründet zurückgewiesen worden sei, insofern jedoch für die Gesellschaft schädigend gewirkt habe, als ihr von den amtlichen Verteilungsstellen kein Material zugewiesen wurde. Das sei auch der Grund dafür mit, daß die Gesellschaft weniger gut gearbeitet habe, wie andere Gesellschaften gleicher Branche. Das ausschließende Aufsichtsratsmitglied Geh. Kommerzienrat Sieskind wurde wiedergewählt.

Die Aussichten des deutschen Webstoffgewerbes werden uns im Augenblick von gut unterrichteter Seite wie folgt gekennzeichnet. Die Mehrzahl der Baumwollbetriebe dürfte auch weiterhin Erzeugnisse herstellen; da in absehbarer Zeit mit einem Vereinkommen von Baumwolle nicht gerechnet wird. Für diese Betriebe kommt die Herstellung von Papiergarn bzw. von Papiergeweben, sodann von Zellstoffgeweben (Zellulose usw.) in Betracht. Von Wichtigkeit ist es, daß es einem erheblichen Teil dieser und ähnlicher Betriebe gelingen dürfte, Woll- und vielleicht auch Baumwollfabrikate zugekauft zu erhalten, so daß die Herstellung von Mischgarnen in dem Bereich der Möglichkeit liegt. Ob und in welchem Umfange die Zufuhr von ausländischen Wollen möglich sein wird, läßt sich heute natürlich nicht sagen. Jedenfalls werden die Bestrebungen der deutschen Wollzüchter die Produktion von Wolle im Inlande zu fördern, auch weiterhin die Unterstützung der Regierung wie der beteiligten Kreise finden. Die Rohstoffbeschaffung für die flachsverarbeitenden Industrien ist durch die Vorgänge im Osten schwierig geworden, doch glaubt man, daß bei einem baldigen Frieden auf dieser Industrie größere Mengen von Rohflachs aus Rußland zur Verfügung stehen werden. Auf Lieferung von holländischem Flachs kann fürs erste noch nicht gerechnet werden, noch viel weniger von solchem aus Frankreich und Belgien. Die Seidenindustrie, welche während des Krieges mit kurzen Unterbrechungen regelmäßig beschäftigt war, hofft immerhin, daß es ihr gelingen werde, auch Rohstoff zu erhalten. Die allgemeine Ansicht, daß Seidenstoffe billiger werden dürften, wird nicht geteilt, um so mehr, da der direkte Bezug asiatischer Rohseiden noch sehr in Frage steht, außerdem aber die italienischen Rohseidenhändler bzw. Erzeuger ganz besonders nach Errichtung eines Verkaufskontors in Mailand fest auf Preise halten. Die letzteren dürften eher noch gesteigert werden.

Aus der internationalen Textilindustrie kommen in dieser Woche indirekte Berichte, welche nicht nur für die Fachkreise, sondern auch für die Allgemeinheit von großem Interesse sind. In Amerika hat die Unternehmungslust in den Kreisen der Textilindustrie erheblich abgenommen, nachdem dieselben Kreise während des Krieges allerdings sehr günstige Ergebnisse gehabt haben. Der Hauptgrund für die Zurückhaltung der Textilindustriellen ist darin zu suchen, daß die Konkurrenz Japans nicht nur in der Seidenindustrie, sondern auch in anderen Zweigen des Webstoffgewerbes derart sich verhärtet hat, daß man besonders im Ausfuhrhandel mit dieser Tatsache rechnen muß. In Frankreich wird der Aufbau der Woll-, Baumwoll- und Seidenindustrie im Norden des Landes noch erhebliche Zeit beanspruchen. Als Lieferant wird hauptsächlich für solche Erzeugnisse England, dann aber auch Amerika und Japan auftreten. Die französische Seidenindustrie gibt sich großen Hoffnungen hin, daß ein gewaltiger Aufschwung der Ausfuhr nach England erfolgen werde. Es ist bekannt, daß in Skandinavien die meisten Betriebe des Webstoffgewerbes so gut wie ganz zum Stillstand gekommen sind. Reht soll die Möglichkeit bestehen, daß diese Betriebe mit Wolle und Baumwolle mehr versorgt werden, doch liegen nach dieser Richtung hin bestimmte Meldungen nicht vor. Italiens Webstoffindustrie, besonders das Baumwollgewerbe, wird einen schweren Kampf haben, um seine Ausfuhr in den amerikanischen Staaten gegenüber der amerikanischen und japanischen Konkurrenz aufrechtzuerhalten. Die Rohstoffvorräte sollen zurzeit auch in Italien sehr geringfügig sein. Reht schwierig sind die Verhältnisse in der österreichischen Textilindustrie. Auch in Holland hat sich die Lage lehthin kaum gebessert.

Aus dem französischen Seidenwerke. Während die französische Textilindustrie in dem Kriege in der Hauptsache zum Stillstand gekommen ist, erahnt sich die bemerkenswerte Tatsache, daß die Seidenbandfabrikanten von St. Etienne sehr gute Geschäfte gemacht haben. Der Umsatz in Bändern betrug im Jahre 1917 119 Millionen Frank gegen 76 Millionen Frank im Jahre 1914. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß Bänder vielfach als Ersatz für Seidenstoffe gebraucht werden, und daß auch andere Länder, insbesondere England, viel Seidenbänder aus Frankreich bezogen haben.

Umwälzungen in der Seidenindustrie der Welt. Zu gleicher Zeit, in welcher sich in politischer Hinsicht in der ganzen Welt Umwälzungen vollziehen, haben auch in der Seidenindustrie aller Länder Veränderungen stattgefunden, welche deshalb beachtenswert sind, weil sie wahrscheinlich auch in anderen Zweigen des Webstoffgewerbes Änderungen zu Folge haben werden, und deshalb besonders beachtenswert sind, weil die Seidenindustrie aller Länder zurzeit die einzige ist, welche in ziemlich normaler Weise ihren Betrieb fortsetzen kann. Zunächst wird aus Amerika berichtet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten einen Erlaß veröffentlicht, nachdem die Einfuhr von asiatischen Rohseiden kontingentiert wird. Da die Vorräte nicht allzu bedeutend sind, hat dieser Erlaß selbstverständlich große Bestürzung bei den amerikanischen Seidenfabrikanten hervorgerufen. Es hat aber den Anschein, als ob diese Maßregel eigentlich ihre Ursache in dem Bestreben der Japaner findet, den Wettbewerb Amerikas einzudämmen und der riesig gewachsenen japanischen Seidenindustrie den Rohstoff zu sichern. Eine weitere Umwälzung, die eigentlich einen entgegengesetzten Plan kennzeichnet, hat sich in Italien vollzogen. Die italienischen Seidenproduzenten verlangen die sofortige Aufhebung der Ausfuhrbeschränkungen für Rohseiden.

Soziale Rundschau.

Die Kriegsbeschädigten in den militärelgenen Betrieben.

In den militärelgenen Betrieben sind im Laufe des Krieges Tausende von Kriegsbeschädigten zur Beschäftigung

angenommen worden. Um die Kriegsbeschädigten vor schwerem Nachteil bei etwaiger umfangreicher Einschränkung dieser Betriebe zu schützen, hat der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer Anfang November Verhandlungen mit der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge und dem Kriegsamt gepflogen. Das Kriegsministerium hat nun in Verfolg der vom Reichsbund gegebenen Anregungen unter dem 19. November 1918 an sämtliche Verwaltungen und Betriebe der Seeresverwaltung verfügt, daß kein Schwerbeschädigter mit einer Beschränkung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 50 Prozent bei der Demobilisierung und in der folgenden Uebergangszeit von der Seeresverwaltung wegen Arbeitsmangel entlassen werden darf, ehe er nicht eine andere Stellung gefunden hat. Bietet sich für den Kriegsbeschädigten an seiner Arbeitsstelle z. B. wegen Auflösung des betreffenden Seeresbetriebes oder der Betriebsverwaltung keine Arbeitsmöglichkeit, so ist dafür zu sorgen, daß er von der Seeresverwaltung auf einem anderen Arbeitsplatz beschäftigt wird. Auch die Leichtkriegsbeschädigten sind nach Möglichkeit weiter zu beschäftigen.

Berichte aus Fachkreisen.

Neugersdorf. Am Freitag, den 6. Dezember, kamen im hiesigen Gemeindevorstand die Vertreter der hiesigen Textil-, Eisen- und Konfektionsbranche mit Vertretern der Arbeiter zusammen, um Vereinbarungen zu treffen über die Arbeitszeit gemäß den Verfügungen der revolutionären Regierung und den Abmachungen der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände. Die Verhandlungen wurden eröffnet und geleitet von Herrn Kommerzienrat Hoffmann, Vertreter der Firma August Hoffmann. In der Diskussion trat allseitig der Wunsch zutage, die Arbeitszeit so zu regeln, daß für alle Arbeiter obiger Branchen Anfang und Ende der täglichen Arbeitszeit gleich zu machen sei. Nach längerem Auseinandersetzen wurde beschlossen, vom Montag, den 9. Dezember, wie folgt zu arbeiten: früh von 7 bis mittags 12 Uhr, nachmittags von 1 bis abends 5 Uhr, Sonnabends von früh 7 bis mittags 12 Uhr, im Anschluß eine halbe Stunde Putzen der Maschinen, wo solches in Betracht kommt. Ueber notwendige Arbeiten in der Eisenbranche an Sonnabendnachmittagen sollen besondere Abmachungen der Arbeitgeber und Arbeiter bestimmen. Von Arbeitgebern wurde gewünscht, daß die beschlossene Arbeitszeit auch wirklich seitens der Arbeiterschaft eingehalten werde; die Arbeitervertreter erklärten, sich bei der Arbeiterschaft in diesem Sinne zu verwenden.

Die Arbeitervertreter wiesen noch darauf hin, daß aus der Verlängerung der Arbeitszeit für die Arbeiterschaft keine Verdienstmehrungen sich ergeben dürfe, des Weiteren sei notwendig eine Erklärung der Arbeitgeber wegen Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Vertretung der Arbeiterschaft, völliger Kooperationsfreiheit der Arbeiter, Ermittelung sämtlicher aus dem Seeresdienst zurückkehrender Arbeiter, kollektiver Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, Einrichtung und Zulassung von Arbeitsauschüssen, Schlichtungsausschüssen bei Streitigkeiten, wenn Disziplinen mit der Arbeiterschaft vermeiden werden sollen. Auch sei notwendig, die Verhandlungen über diese Dinge seitens der beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter der jeweiligen Branche selbst zu führen. Nach längerer Diskussion erklärten sich die Arbeitgeber zu weiteren Verhandlungen bereit.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 15. Dezember, ist der 50. Wochenbeitrag fällig.

Zur Beachtung!
Das Fachblatt für die sächsische Textilindustrie „Textilmit“ erscheint ab 1. Januar 1919 nicht mehr in Wien, sondern in Bräun, Zeile 57. Unsere Ortsverwaltungen, die für sächsische Mitglieder das Fachblatt „Textilmit“ beziehen, haben teils die benötigten Exemplare bei unserer Expedition, Berlin D. 27, Andreasstr. 61, III., zu bestellen, wie auch alle Ab- und Zugänge nur hier zu melden sind. Nach Bräun selbst sind Bestellungen nicht aufzugeben.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.
Gau 1. Bremen. V und K: Ernst Daus, Geschäftsführer, Alshöfer 136.
Gau 1. Delmenhorst. K: Josef Kuchenbuch, Bienenhäuser 10.
Gau 6. Stuttgart. Der Geschäftsführer Hugo Möbel ist vom Seeresdienst entlassen. Alle Zuschriften an diesen.
Gau 9. Pirchberg. K. und Geschäftsführer Karl Reichelt, Bahnhofstr. 61.
Gau 10. Chemnitz. K und Geschäftsführer: Julius Rehner, Zwickauer Str. 152, I.
Gau 10. Geringswalde. B: Paul Richard Bieweg, Hauptstraße 104 C.
Gau 10. Oschatz. V und K: Max Wohllebe, Bahnhofstraße 60.
Gau 13. Cottbus. K und Geschäftsführer: Paul Dörr, Bellebuestr. 7.
Gau 13. Puckau. K und Geschäftsführer: Hugo Köffiger, Treuenbriegeer Str. 6.

Totenliste.
Gestorbene Mitalterer.
Augsburg. Katharina Kasla, Näherin, 33 J.
Chemnitz. Friedrich Scheuffler, Seiler, 74 J., Altersschwäche.
Dina Franz, Tambourin, 25 J., Lungentuberkulose.
Dülken. Heinz Hansen, Scherer, 29 J., Lungentzündung.
Finkertwalde. Erna Hrborzh, Weberin, 23 J., Unfall.
Hainichen. Martha Hofmann, 27 J., Grippe. Agnes Rude, 37 J., Grippe.
Kottbus. Albert Lachmann, 59 J., Grippe. Friedrich Schiemenz, 49 J., Grippe.
Krefeld. Karl Krieger, Appretur, 54 J., Lungentzündung.
Sommerfeld. Frau Pauline Girtle, 58 J.
Thalheim und Umg. Meta Drechsel, 28 J., Lungentzündung. Friedrich Freitag, 69 J., Grippe. Ernst Köhler, 50 J., Magenleiden.
Biersen. Gertr. Schreurs, Spinnerin, 16 J., Lungentzündung.
Werbau. Johann Rant, 80 J., Altersschwäche.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitalterer.
Grimmitschau. Alma Zinner, 42 J., Magenleiden. Ida Kömer, 51 J., Magenleiden.
Glauchau. Emil Türschmann, 33 J.
Samburg. Johann Neumann, Schleißer, 20 J.
Hainichen. Karl Richard Winkler, 36 J.
Lungenau. Paul Hengst, Weber, 37 J.
Reichenbach i. S. Alfred Fiedler, 22 J.
Ehre ihrem Andenken!

Die Redaktion für die Nr. 51 muß schon am Sonnabend früh geschlossen werden, worauf man bei Einfernungen für das Blatt gefl. Rücksicht nehmen wolle. Die Schriftleitung.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 14. Dezember

Verlag: Carl Hübner. — Verantwortlicher Redakteur: Paul Wagener. — Druck: Fortwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.